Nr. 393 ♦ 37. Jahrgang
Ausgabe B Nr. 59

Abend-Ausgabe

20 Pfennig

Bezugspreis:
Vierteljährl. 30.— Mk., monatl. 10.— Mk. frei ins Haus, voraus zahlbar. Postbezug: Monatlich 10.— Mk., exkl. Zustellungsgebühr. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich 16.— Mk., für das übrige Ausland vier täglich einmal. Zustellung 21.50 M. Postbestellungen nehmen an Oesterreich, Ungarn, Tschecho-Slowakei, Dänemark, Holland, Luxemburg, Schweden und die Schweiz. — Eingetragen in die Post-Zeitungs-Preisliste.
Der „Vorwärts" mit der Sonntagsbeilage „Volk u. Zeit" erscheint wochentäglich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin".

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreis:
Die achtgespaltene Nonpareillezeile kostet 3.— M., Teuerungszuschlag 50%. „Kleine Anzeigen", das fettgedruckte Wort 1.— M. (zulässig zwei fettgedruckte Worte), jedes weitere Wort 60 Pfg. Stellengesuche und Schlafstellenanzeigen das erste Wort 65 Pfg., jedes weitere Wort 40 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Teuerungszuschlag 50%. Familien-Anzeigen für Abonnenten Zeile 2.— M., politische und gewerkschaftliche Vereins-Anzeigen 2.— Mk. die Zeile ohne Aufschlag. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW. 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Geöffnet von 9 Uhr früh bis 5 Uhr abends.

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 15190—15197.

Sonnabend, den 7. August 1920

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW. 68, Lindenstr. 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 11753—54.

Die Ochrana in Deutschland.

Militärisch-kommunistischer Putsch.

Dresden, 7. August. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts".) In Klingenthal ist der Offizier der Reichswehr Leutnant von Berger aus Chemnitz, der dort bei der Nachrichtenstelle der Reichswehr tätig ist, von der Polizei verhaftet worden, nachdem er vorher mit den Kommunisten Rudert und Rebentrost eine Konferenz gehabt hatte. Bei Berger ist folgendes Schreiben gefunden worden:

Stichwort: Straßenvertrauensleute. Lieber Rudert! Zeilen erhalten, hoffe, daß alles klappt. Vorbereitungen bis ins kleinste getroffen. Uebergang erfolgt am 6. August 20. Zeit und Ort wie verabredet. 80 Gewehre werden zur Verfügung stehen. Nur unter der Parole Dr. Levi passieren. Betreffend Klingenthal und Markneukirchen alles vorbereitet. Kampfgruß Reith.

Gutes Gelingen. Straube.

Weiter enthielt das Schriftstück folgendes:

Verhalten in Klingenthal. Arbeiter halten viel auf Fabrikanten, erstens, da immer Arbeit, zweitens, da Not nicht so groß. Arbeitslosigkeit pocht an die Türe. Antipathie und Sympathie für Hölz halten sich die Wage, Arbeiter denunzieren alle diejenigen, die Notgardisten seinerzeit mitgeschlagen haben. Fabrikant Weidlich hat an Reichswehr alles verraten. Stimmungsumschwung Revolution genügter. Man hegt Rachepläne. Arbeiter und U.-S.-P.-Leute verraten alle Einzelheiten. (Anmerkung: Jedenfalls an die sich verborgen haltenden Hölzleute.) Bei den meisten sich herumtreibenden Notgardisten und Brandkomiteemitgliedern wird das Geld alle, deshalb müssen diese in Kürze handeln. Die Aktion ist gegen Villenbesitzer gerichtet. Der Vorwand der Rachekaktion nach außen gegeben, es gilt die ganze Gesellschaft anläßlich ihrer Hauptsitzung zu fassen.

Wie wir auf Erkundigung an zuständiger Stelle in Dresden erfahren, hat die sächsische Regierung sofort einen Kommissar an Ort und Stelle gesandt, um das Nötige festzustellen und zu veranlassen.

Die Schreiben entsprechen so ganz dem Bilde, das man bisher aus der Tätigkeit der Spitzelzentralen gewonnen hat. Man wird also in den nächsten Tagen noch weitere „Räterepubliken" erleben wie in Sangerhausen, im Vogtland und schließlich in Klingenthal. Seht den Spitzelkommunisten auf die Finger!

Die erfundene Räterepulbik.

„Einfältiger und dreister Schwindel."

Die Staatsregierung von Sachsen-Altenburg gibt uns Kenntnis von einem Telegramm, das sie an den Oberpräsidenten der Provinz Sachsen gerichtet hat und das allseitiges Interesse verdient. Wir geben es hier im Wortlaut wieder:

Zu ihrer großen Ueberraschung ersieht die altenburgische Staatsregierung aus einer Notiz der Nr. 388 des „Vorwärts", daß eine militärische Nachrichtenstelle die Meldung verbreitet hat, in Altenburg sei die Räterepublik ausgerufen worden. Diese Meldung ist erstunken und erlogen. Sie stellt einen ebenso plumpen wie im Hinblick auf die tatsächlichen Verhältnisse in Altenburg einfältigen und dreisten Schwindel dar.

In Altenburg herrscht, wie stets seit den Tagen des November 1918, absoluteste Ruhe. Es ist unbegreiflich, wie eine derartige Nachricht erdichtet werden konnte. Die altenburgische Staatsregierung kann nur annehmen, daß bei den rechtsspartakistischen Kreisen, aus denen die Meldung stammen dürfte, der Wunsch der Vater des Gedankens ist. Augenscheinlich haben diese Kreise den Wunsch und die Absicht, durch bestochene Individuen in dem ihnen seit den Kapptagen so verhaßten Altenburg zur Befriedigung militaristischer Rachebedürfnisse provokatorisch wirken und Altenburg zu einem zweiten Zittau machen zu lassen. Sie bedenken offenbar nicht, daß die werktätige Bevölkerung Altenburgs viel zu klug und diszipliniert ist, um irgendwelchen Spitzeln bei ihrer im Stile der verflossenen zaristischen Ochrana geübten verbrecherischen Hetztätigkeit blinde Gefolgschaft zu leisten und sich zu Ungesetzlichkeiten verleiten zu lassen.

Die Meldung jener Nachrichtenstelle ist möglicherweise auch dem Versuche der Verwirklichung eines provokatorischen Racheplans vorausgeeilt. Staatsregierung und republikanische Bevölkerung Sachsen-Altenburgs sehen daher in der Meldung ein Warnungssignal. Es ist sehr bedauerlich, daß es angesichts der höcherusten außenpolitischen Lage Deutschlands noch kurzsichtige militaristische Elemente zu geben scheint, die nichts Besseres zu tun wissen, als friedliche Städte und Bevölkerungsteile zu verleumden, event. sogar gegen diese Rachepläne zu verfolgen, wo doch zurzeit eine Zusammenfassung aller Volkskräfte zu geschlossener Abwehr jeder Neutralitätsverletzung das dringendste vaterländische Gebot der Stunde ist. Wir bitten den Herrn Oberpräsidenten, mit uns bei den zuständigen Stellen dahin zu wirken, daß solchen gemeingefährlichen Unruhestiftern insbesondere durch endliche Durchführung der längst versprochenen Unterbindung des sogenannten militärischen Nachrichtendienstes das Handwerk tatkräftig gelegt wird.

Die kräftigen Worte der altenburgischen Regierung kennzeichnen in aller Deutlichkeit die Unhaltbarkeit der Situation, in die die geheimnisvollen militärischen Nachrichtenstellen das Reich bringen. Im Jahre 1918 war die Macht dieser Stellen gebrochen, aber die Torheiten von Spartakus haben sie wieder in Amt und Würden gesetzt. Jetzt leben sie sich aus — als deutsche Ochrana! Wie lange aber wird das deutsche Volk deren Tätigkeit dulden?

Statt Neutralität – Rätediktatur!

Essen, 7. August. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts".) Wie wir gemeldet haben, war für Sonntag in Essen eine Konferenz aller sozialistischen Parteien und der Gewerkschaften einberufen worden, in der die Frage der deutschen Neutralität beraten werden sollte. Bei den gestrigen Vorbesprechungen erklärten die Kommunisten, daß sie auf dieser Konferenz sowie in den geplanten Kundgebungen für die Rätediktatur demonstrieren würden.

Darauf hat es unsere Partei abgelehnt, an der Konferenz teilzunehmen. Etwaige Beschlüsse werden also ohne Zustimmung unserer Partei gefaßt sein.

Rußland klagt Frankreich an.

London, 6. August. In der durch Kamenew überreichten Note heißt es u. a.: Es versteht sich von selbst, daß die russische Sowjetregierung nicht verlangt oder verlangt hat, die Verhandlungen über den Waffenstillstand mit dem Abschluß des endgültigen Friedensvertrages zwischen Polen und Rußland zu vereinigen.

Dennoch ist es unvermeidlich, daß Verhandlungen über einen Waffenstillstand notwendigerweise gewisse Bedingungen und Sicherheiten in sich schließen, die auf rein militärischem Gebiete liegen. Die Geschichte des polnischen Angriffs auf Rußland und die unbestreitbare Tatsache der planmäßigen und fortdauernden Hilfe, welche Polen von Frankreich erhält, sowie die Anwesenheit des Heeres des Generals Wrangel in der Krim, den die französische Regierung ebenfalls unterstützt, nötigen die russische Regierung, mit den Waffenstillstandsbedingungen gewisse Bürgschaften zu verbinden, die es Polen unmöglich machen würden, die Zeit des Waffenstillstands dazu zu benutzen, neue Feindseligkeiten gegen Rußland vorzubereiten. Zu den geforderten Bürgschaften gehört eine teilweise Entwaffnung und Einstellung der Rekrutierung, sowohl der Freiwilligen als auch der Dienstpflichtigen.

Am Ende der Note heißt es: Tschitscherin hat in seiner Note vom 22. Juli eine Konferenz lediglich mit den hervorragendsten Ententemitgliedern vorgeschlagen. Der Nutzen einer solchen Konferenz würde in der Tatsache liegen, daß andere Staaten keinen Krieg ohne die Hilfe der Hauptmächte der Entente führen können, so daß diese Konferenz tatsächlich Sicherungen für den allgemeinen europäischen Frieden bringen würde.

Vor Warschau.

Während der polnische Heeresbericht von einem großen Stillstand des russischen Vormarsches und sogar von örtlichen Erfolgen der Polen spricht, erläßt die polnische Regierung an die Bevölkerung Warschaus folgenden Aufruf:

Bürger der Hauptstadt! Der Feind befindet sich nur einige Werst von Warschau. Die Hauptstadt des polnischen Reiches steht vor einer drohenden Gefahr. Wollt ihr tatenlos warten. Wollt ihr euch wie Sklaven benehmen? Niemals! Das heldenmütige Lemberg hat für die Verteidigung des Staates Tausende von Freiwilligen gestellt, und im Augenblick der Gefahr stand ganz Lemberg unter Waffen. Warschau, das ebenfalls Ruhmesblätter in seiner Geschichte zu verzeichnen hat, muß dem Beispiel Lembergs folgen. Zur Verteidigung der Hauptstadt müssen alle Bürger in Reih und Glied treten. Der Tag ist gekommen. Es gibt keine Wahl. Entweder Kampf bis zum Aeußersten und damit Sieg und Freiheit, oder Sklaverei. Die Hauptstadt wird sich nicht ergeben. Bürger, zu den Waffen! gez. Witos.

Trotzdem eine Londoner Konferenz?

London, 6. August. Der Korrespondent des „Evening Standard" erfährt, daß die englische Regierung trotz des unbefriedigenden Charakters der russischen Antwort den Vorschlag annehmen wird, wonach in London eine Konferenz abgehalten werden soll, auf der nach Beendigung der direkten Verhandlungen zwischen Moskau und Warschau die Frage des polnischen Friedens besprochen werden soll. Deutschland und die Ostseeländer würden wahrscheinlich auf der Konferenz vertreten sein. Das Blatt bringt diesen Bericht mit dem Vorbehalt, daß die volle Zustimmung Frankreichs erwartet werde, aber noch nicht erklärt worden sei.

Die Wohnungsnot.

Von Dr. de Laporte,
Direktor des städtischen Wohnungsamts, Berlin.

Das fast völlige Stocken einer jeden Bautätigkeit verschärft die Wohnungsnot bis zur Unerträglichkeit. Es ist wahrlich an der Zeit, daß neue Wege zur Abhilfe gesucht werden. Von den auf Schritt und Tritt von ihren vorgesetzten Instanzen gehemmten und gegängelten und augenblicklich mit geringer Machtkompetenz ausgestatteten Wohnungsämtern kann man wirklich nicht das Heil erwarten. Ich will unterscheiden zwischen kleinen und großen Mitteln zur Abhilfe. Die ersteren können wohl Linderung der Not, aber keine Beseitigung, keine Heilung bringen. Sie gleichen den Salben und Pflästerchen auf ein Geschwür, die wohl nützlich sind, aber niemals die letzte Krankheitsursache, die im Gesamtorganismus liegt, beseitigen können.

Zu den kleinen Mitteln gehören: Stärkeres Belegen allzugroßer Wohnungen, Unterteilung solcher Wohnungen, Erbauen von Bureauwolkenkratzern, Bureaubaracken, um die Bureaus aus den Wohnungen herausziehen zu können, Ausbau von Lauben, Dachgeschossen usw.

Das große und einzige Mittel aber ist erhöhte Neubautätigkeit hygienisch einwandfreier Wohnungen unter intensivster und rationellster Mitwirkung der Arbeiterschaft. Verhältnismäßig einfach war die Frage vor dem Kriege zu lösen, als man die starken Schäden einer unsozialen und auf diesem Gebiete schädlichen Eigentumsordnung und Arbeitsordnung leichter überwinden konnte und vor allem das Geld in genügendem Umfange zu Neubauten vorhanden war. Beides ist jetzt grundsätzlich anders. Unerträglich wird es jetzt sein, wenn Mittel und Baustoffe, die den Baubedürftigen zur Verfügung gestellt werden, zu privaten Spekulationszwecken, zur Bereicherung von Erwerbsgesellschaften usw. dienen sollen, wenn — wie früher oft die Befriedigung des Wohnbedürfnisses — nicht Selbstzweck, sondern Nebenzweck, dagegen der Unternehmer- oder Kapitalgewinn zum Hauptzweck würde. Und unmöglich wird es ebenfalls sein, aus öffentlichen Mitteln der bis an die Grenze angespannten Steuerkraft noch Mittel für die Neubautätigkeit zu beschaffen. Ohne solche Mittel aber läßt sich zurzeit nicht bauen. Bei den Materialpreisen und Löhnen würde der Mietpreis einer Kleinwohnung, die ohne Bauzuschüsse erstellt wäre, eine derartige Höhe erreichen, daß sie einfach für 75 Prozent unseres Volkes nicht mehr erschwinglich würde.

Gibt es einen Ausweg aus dieser Zwangslage? Die Frage ist mit einem glatten „Ja" zu beantworten, die Lösung erfordert eine neue Einstellung des juristischen und sozialen Denkens. Die Ueberzeugung, daß unser Bodenrecht und damit unser Realkreditsystem veraltet ist und den sozialethischen Anschauungen unserer Zeit nicht mehr entspricht, dürfte wohl allmählich auch bis in das Bewußtsein eines hochmögenden Reichsjustizministeriums gedrungen sein, das noch immer vorwiegend unter der einseitigen starren römisch-rechtlichen Auffassung des Privateigentumbegriffs steht. Von den vier volkswirtschaftlichen Faktoren der Wirtschaftsbildung: Kapitalzins, Arbeitslohn, Unternehmergewinn und Grundrente, ist jedenfalls die Sozialisierung der Grundrente nicht nur die sittlich gerechtfertigtste, sondern auch volkswirtschaftlich ohne Unterbindung der notwendigen Anreizwirkungen zur Arbeit, die im System der Eigenwirtschaft liegen, und ohne jede Schädigung der Allgemeinheit am leichtesten zu erreichen. Ja, im Gegenteil, eine Beseitigung mancher wirtschaftlicher Schäden ist neben anderen Vorteilen meiner Ansicht nach der sichere Gewinn einer derartigen Reform des Bodenrechts, bei dem wir nur altgermanische Rechtsbegriffe mit modernen Auffassungen zu beglücken brauchen.

Geheimrat Ponfick vom Reichsarbeitsministerium hat die Hauptforderungen dieser aus dem allgemeinen Programm des Bundes der Bodenreformer sich ergebenden Forderungen auf diesem Gebiete treffend in folgenden Leitsätzen zusammengefaßt:

1. Kraftvolle Durchführung des leider noch wenig bekannten Reichssiedelungsgesetzes einschließlich der Enteignung zu angemessenem Preis.
2. Planwirtschaft mit ländlichem Grund und Boden durch behördliche Ueberwachung des Verkehrs mit ländlichen Grundstücken.
3. Einführung eines Sondervorkaufsrechtes des Staates (mit der Befugnis der Uebertragung).
4. Möglichkeit der Enteignung zum Selbsteinschätzungswert für die Zwecke des Gemeinwohls.
5. Einführung einer Verschuldungsgrenze.
6. Einführung einer steigenden Grundwertsteuer (um Latifundienbesitz zu verhindern).
7. Ueberwachung der Bodennutzverträge (Pachtschutz, Pachteinigungsämter).

Diese sieben bodenreformatorischen Forderungen lassen sich kennzeichnen als Eingriffe in das unbeschränkte Verfügungsrecht über den Grund und Boden, um

seinen Gebrauch zu Spekulations- und Luxuszwecken zu verhindern, den Verschuldungsmißbrauch durch Ueberbeleihung und falsche Einschätzung zu beschränken.

Weitgehender und in ihrer Wirkung durchgreifender sind die von dem bekannten Siedlungsreformer Heyer aufgestellten Grundsätze, die überhaupt mit dem Privateigentumsbegriff an Grund und Boden aufräumen und dafür ein Lehnsrecht setzen, das von der öffentlichen Hand (den staatlichen und kommunalen Siedlungsämtern) als vererbliches und veräußerliches Nutzungsrecht an Private vergeben wird. Ein weitgehendes Verfügungsrecht über den Boden wird hier also auch eingeräumt (die Vergebung des Bodens an Dritte geschieht in der Form der Bodenpacht als zeitlich begrenztes, im Rahmen der Begrenzung auch vererbliches Recht), aber — und das ist das Wichtige und Neue an der Sache, jeder spekulative Mißbrauch des Bodens zu privaten Spekulationszwecken, seine Beleihung, mit Ausnahme von Meliorationsdarlehn, ist ausgeschlossen.

Im Gegensatz zu dem Heimstättenbegriff des neuen Reichsgesetzes, der wirklich mit dem eigentlichen Wesen der Sache verdammt wenig zu tun hat und nur eine kärgliche juristische Figur ohne Leben geworden ist, spielen Heimstätten und Rentengutsrecht in den Heyerschen Vorschlägen eine große Rolle. Daß die Beleihung der Gebäude nach amtlichen Schätzungen mit schnell abzutragenden Tilgungshypotheken usw. vorgenommen wird, bedarf keiner weiteren Erörterung.

Das allen Gemeinsame ist folgendes:

1. Eine allgemeine Mietsteuer als Geldquelle für Neubauten, wie sie jetzt das Reich als Steuerquelle einzurichten gedenkt, wird abgelehnt, da sie nur eine dauernde Erhöhung der Mieten zur Folge haben würde mit dem daraus erfolgenden Anziehen aller übrigen Löhne und Preise.

2. Die Neubaumittel können nur aus einer Diskontierung, entweder der Steigerung der bereits bestehenden oder der noch zu erstellenden Bauten bereitgestellt werden.

Von der Miet- oder Wohnsteuer, die ja jetzt durch einen vom Reichswirtschaftsrat angenommenen Antrag von der Reichsregierung dringlich gefordert wird, ist auch wegen der großen Schwierigkeiten ihrer technischen Durchführung und der Verteilung ihrer Erträge auf das Reich, die Länder und Gemeinden dringend abzuraten. Sie kann höchstens als einmalige kommunale Abgabe bis zur Organisation anderer Geldquellen in Frage kommen, um sofort die Neubautätigkeit in Gang zu bringen.

Der fruchtbarste Gedanke ist aber doch wohl die Diskontierung der Bauwerte. Wie der Kaufmann seine noch nicht bezahlte Forderung, die durch einen Wechsel verbrieft ist, sofort beim Bankier in Geld umsetzen kann, so sollen die tatsächlich gestiegenen Werte der bestehenden oder noch zu erstellenden Bauten flüssig gemacht werden, um hiermit Neubauten aufführen zu können.

Zunächst zur Diskontierung der Wertsteigerung der vorhandenen Bauwerke. Sowohl Heyer als auch die bedeutendsten Sachverständigen auf diesem Gebiete, Dr. Kampffmeyer und Dr. Martin Wagner, lehnen interessanterweise Staat und Gemeinden als Verwaltungsorgane der Durchführung des Gedankens ab und fordern neue Selbstverwaltungskörper, die nur mit diesen Aufgaben zu betrauen sind und im übrigen möglichst wenig bureaukratisch organisiert zu werden brauchen. Wenn der Gesetzgeber nur einen allgemeinen Rahmen aufstellt und im übrigen die Einzelheiten der Organisation den lokalen Körpern selbst überläßt, ist hier frisches Leben durchaus möglich. Ob diese Selbstverwaltungskörper, sogenannte „Heimstättenverbände", nach Kampffmeyer-Wagnerschen Vorschlägen in erster Linie Träger der sozialisierten Hausverwaltung oder nach Heyerschem Vorschlage „Hausschaften", mehr öffentlich-rechtliche Vermittler des Realkredits sind, spielt in diesem Zusammenhang keine Rolle. Der Hauptgedanke ist immer: Durch Ausgabe von Pfandbriefen in Höhe der gestiegenen Bauwerte und durch starke Verminderung der Verwaltungskosten, Reparaturen usw. die Mittel zur Neubautätigkeit ohne erhebliche Steigerung der Mieten — hier liegt der Schwerpunkt der Reformgedanken — zu gewinnen.

Boden- und Mietzinsspekulationen sind auch bei Heyer ausgeschlossen. Dagegen streben Kampffmeyer-Wagner die Sozialisierung der Miethäuser (ausgenommen sind Wohnungen und Betriebsgebäude der Landwirte, gewerbliche Betriebsgebäude usw.) durch Uebernahme der gesamten städtischen Hausverwaltung durch ihre Heimstättenverbände an. Mir persönlich sagen die Heyerschen Vorschläge mehr zu; da ich durch langjährige Beamtenerfahrung ein heiliges Grauen vor allem zu starken Anwachsen von behördlicher Verwaltung habe, die selbst bei freiester Organisation in großen Verhältnissen leicht bureaukratisch wird.

Für die Diskontierung der Neubauwerte ist mir bisher nur ein Vorschlag bekannt geworden, der in einer kleinen Broschüre „Columbusei" unter dem Pseudonym von A. Lysses gemacht worden ist. Die Grundlage dieses Gedankens ist rein kapitalistisch, nämlich die Ausgabe eines neuen Papiergeldes, der Reichshypothekenbanknoten in Höhe von 80 Proz. der zu beleihenden Neubauwerte. Diese Reichshypothekenbanknoten sollen entsprechend der Geldwertverminderung nur mit ¾ Proz. verzinst werden (¼ für Verwaltung, ½ für Amortisation). Die Träger der ganzen Organisation sollen nach dem Vorschlage des Verfassers die privaten Hypothekenbanken sein. Ich stimme dem Verfasser darin bei, daß eine weitere Ausgabe von zirka 7 Milliarden neuen Papiergeldes für zirka 100 000 Wohnungen jährlich (denn darauf läuft der Vorschlag doch letzten Endes hinaus) deshalb nicht so übermäßig tragisch genommen zu werden braucht, weil dieses Papier doch schließlich durch reale Werte — nämlich die mit seiner Hilfe erstellten Bauten — gedeckt ist. Aber bedenklich und unübersehbar erscheint mir die Frage, ob nicht durch dieses „gedeckte Papiergeld" unsere ungedeckten Reichsbanknoten und Reichskassenscheine entwertet werden und ob die augenblickliche Beleihung mit 80 Proz. der Herstellungskosten nicht einen Scheinwert schafft, da nicht abzusehen ist, daß die augenblicklichen Werte sich in dieser Höhe halten werden. Immerhin ist der Vorschlag interessant genug, um ihn von Bankfachleuten nachprüfen zu lassen.

Schließlich bleibt hier noch erwägenswert die Einrichtung einer Reichslotterie, deren Lose sämtlich in allmählicher Auslosung in längeren Zeitabläufen mit Gewinnen, d. h. Anwartschaften auf eine Wohnung, herauskommen. Zur Unterstützung ist diese Benutzung des Spieltriebes fraglos wichtig, genügende Mittel lassen sich aber einstweilen durch eine Lotterie nicht beschaffen.

Diese kurzen Hinweise mögen genügen, um die am Beginn dieses Aufsatzes vorweggenommene Bejahung der Frage nach der Möglichkeit eines Auswegs aus unserer verzweifelten Lage zu beweisen. Ich persönlich würde die Erhebung einer einmaligen Wohnsteuer auf rein kommunaler Grundlage zur sofortigen Belebung der Neubautätigkeit für richtig halten, da die Gesetzesmaschine doch immer einige Zeit braucht, bis die notwendigen grundlegenden Aenderungen des Bodenrechtes geschaffen worden sind. Für diese Aenderungen sind aber die Heyerschen, Kampffmeyerschen, Ponfickschen Vorschläge zugrunde zu legen. Eine auch nicht sozialistische Regierung, welche die in dieser Richtung notwendigen Reformen nicht erkennt und mit aller Energie betreibt, würde damit beweisen, daß sie unfähig ist, die Forderungen unserer Zeit als notwendige sozialistische Entwicklung zu begreifen.

Neutralität und Kontinentalpolitik.

Das Zentralorgan der „Kontinentalpolitiker" die „Voss. Ztg.", ist bereits seit mehr als einem Jahre mit der Haltung des Zentralorgans der Sozialdemokratischen Partei in den Fragen der auswärtigen Politik nicht zufrieden. Wie überhaupt die Herren Bernhard und Redlich in Dauerfehde mit all denen leben, die ihre Hetze gegen England und ihren Kotau vor Frankreich nicht mitmachen wollen.

Unsere gestrigen Ausführungen über die auffallende Wiederaufrollung der Flaggengeschichte, die Pariser Blätter- und Agenturmeldungen über Geheimverträge zwischen Deutschland und Sowjet-Rußland und über die ausweichende Antwort von Lloyd George im Unterhause bezüglich eines etwaigen Druckes der Alliierten auf die neutralen Grenzstaaten haben das Mißfallen der „Vossischen Zeitung" erregt, die uns, wenn nicht in bestimmten Ausdrücken, so doch mindestens zwischen den Zeilen vorwirft, damit Oel auf das Feuer zu gießen.

Für waschechte Kontinentalpolitiker ist nämlich ein jeder ein „Hetzer", der nicht alle von französischer Seite unternommenen Aktionen oder eingeleiteten Manöver stillschweigend hinnimmt. Dabei kann die „Vossische" gar nicht die Richtigkeit der Tatsachen, die wir angeführt haben, um die Situation zu kennzeichnen, bestreiten: nämlich, daß Herr Millerand in seinen drei großen Parlamentsreden seit dem Vorfall am Pariser Platz diesen mit keiner Silbe erwähnt hat, woraus man doch schließen könnte, daß er ihm bisher keine besondere Bedeutung beigemessen hat; ferner, daß wichtige Pariser Organe, wie das Regierungsorgan „Temps" und der in ganz Frankreich in 1½ Millionen Auflage verbreitete „Petit Parisien" Meldungen über das Bestehen eines deutsch-russischen Geheimvertrages veröffentlichen. (Die zweifellos noch bedenklichere, von uns miterwähnte Tatsache, daß das offiziöse Havas-Bureau — das französische WTB. — eine ähnliche Behauptung verbreitet, läßt die „Vossische" in ihrer Polemik gegen uns wohlweislich unter den Tisch fallen!) Von der Erklärung Lloyd Georges im Unterhaus meint das Ullstein-Blatt, wir hätten sie irrtümlich auf Deutschland bezogen, während sie nur die Tschecho-Slowakei betroffen habe. Diese „Richtigstellung" ist bezeichnend für die Oberflächlichkeit, mit der die kontinentalpolitischen Redakteure die wichtigsten Meldungen lesen. In dem betreffenden Reuter-Telegramm sind zwei Fragen von Abg. Wedgewood und zwei Antworten von Lloyd George enthalten: die erste bezieht sich auf die Möglichkeit eines Druckes auf die Tschecho-Slowakei, in der zweiten ist ausdrücklich von der „Tschecho-Slowakei oder anderen Grenzstaaten" die Rede. Und auf diese zweite Anfrage hat Lloyd George mit Bestimmtheit erklärt, er sei nicht in der Lage, irgendein Versprechen dahin abzugeben, daß „kein Druck im Sinne einer bewaffneten Intervention zugunsten Polens ausgeübt werde". Solcher Grenzstaaten gibt es vier: Litauen, Deutschland, die Tschecho-Slowakei und Ungarn. Wer von der „Voss." oder vom „Vorwärts" in der Deutung dieser Antwort einen „Irrtum" begeht, mögen die Leser selbst entscheiden.

Wir brauchten eigentlich nicht zu betonen, daß unsere Ausführungen einzig den Zweck verfolgen, den Willen des deutschen Proletariats zur unbedingten Neutralität allen mehr oder minder deutlichen Einschüchterungsversuchen zum Trotz zu bekunden. Die „Vossische Zeitung" erklärt zwar, daß sie in dieser Hinsicht vollständig mit uns übereinstimme, sie wird es aber begreifen, daß wir ihr nicht die alleinige Wahrung des deutschen Standpunktes Frankreich gegenüber überlassen wollen. Zumal ja das „wirtschaftspolitische Zusammengehen" mit Frankreich die Quintessenz des Denkens und Fühlens der deutschen Kontinentalpolitiker bildet, die sehr wohl imstande wären, manches und sogar ihre Entschlossenheit zur Neutralität der „Fata morgana" eines solchen Zusammenwirkens des französischen und des deutschen Kapitalismus zu opfern.

Um es rund heraus zu sagen: ein Blatt, für dessen kuschende Politik Frankreich gegenüber im Januar d. J. die Pariser „Humanité", keine andere Erklärung fand, als daß es von der französischen Regierung gekauft sei — ein sicherlich unbegründeter, aber doch bezeichnender und beschämender Verdacht —, ein Blatt, das noch vor wenigen Tagen von einem Poincaré in den Spalten des „Matin" als ein weißer Rabe deutscher Unparteilichkeit gerühmt wurde, ein Blatt, das schließlich zum Kronzeugen der Rich-

Neues von der Friedenskonferenz.

Von Dr. Margarete Rothbarth.

Als die größte Friedenskonferenz, die die Welt je gesehen hat, in Paris zusammentrat, da wurden mehr als einmal historische Erinnerungen wach an jene andere, die etwa hundert Jahre vorher nach den langen schweren napoleonischen Kriegen in Wien stattgefunden hat. Es ist aber gewiß nicht nur ein Quantitätsunterschied, der die beiden Kongresse unterscheidet. Das eine Jahrhundert hat am Profil der Menschheit unendlich viel mehr geändert als vielleicht vorher ein halbes Jahrtausend. Als man in Wien von dem Alp, der Napoleon hieß, sich befreit fühlte, da kam die lang unterdrückte Lebenslust wieder zu ihrem Recht und das Wort vom Kongreß, der nicht ging, sondern tanzte, klingt heute noch nach. Wenn wir heute „hinter die Kulissen der Pariser Konferenz" sehen, so wie Vernon Bartlett, ein englischer Journalist in einem leichten und zuweilen humoristisch gefärbten Buche es tut, so überfällt uns genau das gleiche lähmende Gefühl, das jeden, der das Ergebnis dieser Konferenz kennt, beherrscht. Man hat hart gearbeitet in Paris, das ist sicher. Aber man hat zum großen Teil leeres Stroh gedroschen, hat kostbare Zeit verloren und sich an vielen Dingen zerrieben, die durch die Mannigfaltigkeit der Wünsche der zahlreichen Besucher, die fehlende Uebereinstimmung der Sieger und die entsetzliche Lage Europas nach dem furchtbarsten aller Kriege ergaben.

Wenig ist von all dem in die Oeffentlichkeit gedrungen. Denn obwohl Wilson in seinen vierzehn Punkten laut und vernehmlich verkündet hatte, daß die Geheimdiplomatie endgültig vorbei sei, haben die „Big Four" (großen Vier) dennoch unter einem Schleier des Geheimnisses verhandelt, der selbst durch die dort weilenden Journalisten nicht gelüftet werden konnte. Oeffentliche Sitzungen waren ganz selten, von den geheimen erfuhr man nichts, da jeder Teilnehmer vorher auf Schweigen vereidigt wurde. Ein strenger Dienst der Geheimpolizei umgab die großen Hotels, die Hauptquartiere der Verhandelnden; jedes beschriebene Stückchen Papier wurde sorgfältig zerstört, die Stenotypistinnen hatten Aufsichtsdamen, weniger um ihre Moral zu beschützen, als um ihnen das Ausplaudern unmöglich zu machen. Jedes Mitglied der Delegation mußte formell versprechen, niemanden, „der für die Zeitungen schrieb", eine Information zu geben. Wenigstens stand dies auf dem Papier — manche Temperamente haben sich freilich darum nicht geschert. Oberst House z. B. ließ sich nicht den Mund verbieten, und Lloyd George hatte die größte Mühe, um Hughes, den sehr unbequemen australischen Premier-Minister, zum Stillschweigen zu bringen. Schließlich versagte selbst die wohlorganisierte Geheimpolizei zuweilen.

Bartlett zitiert den Ausspruch eines englischen Bevollmächtigten, der sagte: „Nicht nur Rom, sondern Europa brennt und wir vertrödeln unsere Zeit hier, wie nur je Nero es getan hat." Vielleicht kommt einst der Tag, an dem diejenigen, die in Paris waren, stolz ihren Enkeln erzählen, „daß sie dabei gewesen seien". Jetzt widmet Bartlett diesem Thema ein ganzes Kapitel, um diejenigen zu trösten, die nicht Mitspieler oder unmittelbare Zeugen waren. Jeder hoffte von Woche zu Woche, daß die Arbeit weitergehen würde, aber immer wieder hemmten neue Schwierigkeiten die Ausführung. Man darf nicht vergessen, welche große Rolle die Sprachenfrage dabei spielte. Es ist ja bekannt, daß Lloyd George und Wilson nicht Französisch und Orlando nicht Englisch konnten und daß also in dem Rat der Vier immer ein Dolmetsch, der vielbeschäftigte Leutnant Mantoux, anwesend sein mußte. Manch eine Entscheidung wäre geändert oder gemildert worden, wenn nicht die Delegierten verärgert gewesen wären durch die Langsamkeit, mit der alles infolge der ewigen Uebersetzungen vor sich ging. Als die Deutschen dazu kamen, wurde die Situation unerträglich, und es ist nach Ansicht Bartletts klar, daß eine Verhandlung mit ihnen ausgeschlossen war, da kein Bevollmächtigter auf Erden mit Begeisterung eine Debatte hätte anhören können, von der jedes Wort in drei verschiedenen Sprachen gesprochen wurde. (Spa freilich hat das Gegenteil bewiesen!) Von Orlando wird erzählt, daß er so sehr der Schatten Clemenceaus war, daß man oft gar keine Rücksicht auf seine Unkenntnis des Englischen genommen habe.

Freilich wird dies nur für die erste Zeit zutreffen, denn wie man jetzt aus den nachträglichen Veröffentlichungen viel deutlicher sieht als zurzeit der Verhandlungen selbst, hat die italienische Frage die Konferenz ununterbrochen in Atem gehalten. „Wir standen mit ihr auf und wir gingen mit ihr zu Bett", erzählt ein anderer Berichterstatter. Die Feindschaft zwischen Italien und den Jugoslawen, der Kampf um Fiume, die Stellungnahme Wilsons in dieser umstrittenen Frage, die Abreise Orlandos im entscheidenden Moment, dies alles hat wochen- und monatelang die Hauptarbeit und die Kräfte der Teilnehmer in Anspruch genommen. D'Annunzios bombastische Flugblätter über die „italienischste aller Städte" (dabei sind in Fiume die Italiener in der Minderheit) gipfeln schließlich in der Behauptung daß Italien „das siegreichste aller Völker" „ohne Unterstützung gekämpft" und trotzdem „den Sieg der Siege" erfochten hatte. Genau wie die Vertreter der kleinen und kleinsten Nationen, die alle in Paris zu Wort kommen wollten, mit Flugblättern und Literatur Paris überschütteten, genau so fochten die Italiener und Jugoslawen ihre Kämpfe miteinander aus.

Der Zensor hatte schwere Tage damals. Die Italiener hatten verschiedene Blätter hinter sich und benutzten sie für ihre Zwecke. Ein hübsches Stückchen wird aus der Zeit berichtet, da der Kronprinz von Serbien, der in Paris die Alliierten zu seinen Gunsten zu beeinflussen gehofft hatte, die Stadt wieder verließ. Man sah eine große weiße Stelle, wo der Zensor gewütet hatte, darüber als Ueberschrift „Der Skandal des Prinzen", und darunter der letzte Satz, der freilich tief blicken läßt: „Glücklicherweise benahmen sich die Kellner mehr gentlemanlike als der Prinz selbst und so wurde der Friede wieder hergestellt."

Auch die polnische Propaganda war außerordentlich heftig. Der Verfasser erzählt von einem Essen, an dem er teilnahm, wo die Gerichte und Weine fast zu gut waren, um wirklich zu sein, wo dafür aber jeder Gast zwischen zwei langbärtige Polen gesetzt wurde, die fast den ganzen Abend damit verbrachten, ihm die entsetzliche Unterdrückung durch die Deutschen, die Russen und die Tschechoslowaken aufzuzählen. Als Gewinn von diesem Abend trug er nach Hause: 1. einen sehr schönen Atlas von Polen, 2. ein wunderbares Buch mit dem Titel „Danzig", 3. eine Flugschrift „Die Polen und die Friedenskonferenz" und außerdem noch sieben kleinere Bücher und Flugschriften derselben Art.

Ferner zeigt der Verfasser, daß es an Sachverständigen auf der Konferenz fehlte und schildert die Entstehung des polnischen Korridors, den man zuerst in ganz anderem Umfange als jetzt geplant hätte, der aber unter dem Einfluß der Polen an Größe so schnell zunahm, „wie eines Anglers Forelle, wenn er von ihr in seinem Klub erzählt". Ein klassisches Beispiel war der Sachverständige für die mesopotamische Frage, der seit über zwanzig Jahren nicht dort gewesen war und der hervorgeholt wurde, um Zeugnis dafür abzulegen, daß Syrien noch nicht reif zur Selbstregierung sei.

Bartlett sagt selbst in der Einleitung, daß er ein Gegner Clemenceaus sei und auf Seiten Wilsons und der vierzehn Punkte stehe. Er verurteilt den Frieden, wie er in Paris beschlossen wurde, und gießt die ganze Schale seines Spottes über die ungulänische Arbeit, die dort geschehen ist, aus. Das Bild, das er entwirft, ist wahrlich dunkel genug. Unkenntnis, Eigennutz, Rivalitäten waren am Werk, wo das Schicksal der Menschheit vielleicht auf Jahrhunderte bestimmt werden sollte. Mit der Losung von dem Krieg, der die Kriege beenden sollte, waren die besten seiner Landsleute ausgezogen. Nun mußten sie erleben, daß dieser Krieg genau so endete wie die vorhergehenden, daß der Friedensschluß einen unwürdigen Schacher darstellte, in dessen Verlauf man die Landkarte der Welt nach machtpolitischen Gesichtspunkten neu aufzeichnete und unerlöste Gebiete schuf, nachdem vorher das Schlagwort vom Selbstbestimmungsrecht überall verkündet worden war. Wer hinter die Kulissen der Konferenz gesehen hat, dem verstärkt sich dieses Bild noch ganz besonders. Während aber Keynes in seinem bekannten Buch über die wirtschaftlichen Folgen des Friedensvertrages Wissen als den Ideologen schildert, der keine realen Vorschläge zuarbeiten konnte, nimmt Bartlett ihn gegen alle Angriffe in Schutz. Er bemüht sich zu zeigen, wie stark die Kräfte waren, die Wilson entgegenwirkten, sowohl auf der Konferenz selbst, wie auch unter seinen republikanischen Landsleuten, die die Monroedoktrin nicht opfern wollten.

Bartlett hat sein Buch bereits im Juni 1919 abgeschlossen. Daher ist es von ganz besonderem Interesse, da man sieht, wie manche der späteren Enthüllungen und Ereignisse dem Recht gaben, was der kluge und aufmerksame Beobachter erspürt hatte. Im Grunde müßte man ja noch viel mehr von all dem wissen, was hinter den Kulissen der Friedenskonferenz vorgegangen ist. Aber wann wird die Welt wirklich erfahren, was in Paris vorgegangen ist?

Das deutsche Buch und das Ausland. Die Einführung einer Ausfuhrabgabe für alle deutschen Bücher und die Höhe der Umrechnungskurse drohten den Export deutscher Bücher lahmzulegen besonders nach den Ländern mit unterwertiger Valuta (vor allem Oesterreich). Die Beschwerden des deutschen Buchhandels haben jetzt Erfolg gehabt. Um das deutsche Buch im Ausland konkurrenzfähig zu erhalten, sind die durch die Verkaufsordnung für Auslandslieferungen vorgeschriebenen Umrechnungskurse neuerdings herabgesetzt worden. Auch hat der Buchhändler-Börsenverein bei den Reichsbehörden Verständnis für eine Ermäßigung der Ausfuhrabgabe gefunden.

tigkeit seiner sogenannten Politik einen Gustave Hervé anzurufen gezwungen ist, mag im Namen gewisser großkapitalistischer Interessengruppen sprechen — den Standpunkt der Arbeiterschaft zu vertreten mag es gefälligst den sozialistischen Blättern überlassen.

Zurückhaltung deutscher Eisenbahnwaggons

Beuthen, 7. August. (T. U.) Auf Grund der Kohlenlieferungen an Polen sind wir verpflichtet, eine große Anzahl von Waggons an Polen zu liefern. Die Polen verzögern die Rückgabe in einer Deutschland sehr schädigenden Weise. Nicht weniger als 33 000 Eisenbahnwaggons aus Deutschland befinden sich zurzeit in Polen.

Auch England zieht die Truppen zurück!

Wie wir erfahren, werden die Engländer, dem italienischen Beispiel folgend, in den nächsten Tagen ihre Truppen aus dem ostdeutschen Abstimmungsgebiet zurückziehen.

Hilfsaktion des Bergarbeiterbundes.

Genf, 6. August. Das Exekutivkomitee des Internationalen Bergarbeiterbundes, das am Freitag nachmittag tagte, beschloß, für die eingekerkerten Bergarbeiter Ungarns eine Summe von vierhunderttausend Kronen zur Verfügung zu stellen. Ferner wurde beschlossen, eine erste Sitzung des Internationalen Komitees am 5. Oktober in London abzuhalten und die vom Bergarbeiterkongreß gefaßten Entschließungen über die Kinderhilfsaktion in den vom Kriege betroffenen Ländern sowie die Entschließung über die Schaffung einer internationalen Kohlenverteilungsstelle durch Vermittlung des internationalen Arbeitsamts den Regierungen und dem Rat des Völkerbundes zu übermitteln.

Das Exekutivkomitee der Internationale.

Genf, 6. August. Das Exekutivkomitee der Zweiten Internationale, das sich am Freitag konstituierte, ernannte eine Kommission von 5 Mitgliedern (einem englischen, einem französischen, einem belgischen, einem holländischen und einem skandinavischen), um eine Untersuchung über die wirtschaftlichen Verhältnisse in den Zentralstaaten vorzunehmen. Die Kommission wird sich zu diesem Zweck mit allen Arbeiterorganisationen in Verbindung setzen. Das Exekutivkomitee setzte sodann gemäß dem ihm vom Kongreß erteilten Auftrage definitiv den Text für die Resolution über Ungarn, die Lage der Juden in Polen und über die Rechte der Völker fest.

Der Beschluß über Ungarn begrüßt die Rückkehr der ungarischen Genossen zu den demokratischen Grundsätzen der Internationale und protestiert energisch gegen den weißen Terror der Militärreaktion in Ungarn.

Die Resolution, betreffend die Lage der Juden in Polen, erneuert den früher schon erhobenen Protest gegen den Antisemitismus, der immer noch in Polen herrsche, und stellt die Forderung auf, daß in allen Ländern, in denen eine größere Anzahl Juden lebt, wie in Polen, ihnen die volle politische Freiheit und die Freiheit der Ein- und Auswanderung gewährt wird. Der Beschluß nimmt Kenntnis von der Gründung eines national-jüdischen Zentrums in Palästina und gibt der Hoffnung Ausdruck, daß die jüdischen Arbeiter in Palästina eine sozialistische Republik zu errichten vermögen.

Die Resolution über die Rechte der Völker stellt fest, daß immer noch zahlreiche Völker unterdrückt oder bedroht werden, wie beispielsweise Aegypten, die Völker Kleinasiens und des Kaukasus, deren Unabhängigkeit gesichert werden müsse. Der Kongreß protestiert gegen die gegen die Sowjetrepublik gerichteten Angriffe, aber ebenso sehr gegen die Besetzung von Gebieten durch die Russen, die anderen Völkern gehören, wie z. B. Aserbeidschan, dessen Unabhängigkeit anerkannt werden müsse. Der Beschluß protestiert ferner gegen die Besetzung litauischen Gebiets durch Polen und gegen die Unterdrückung der autonomen Behörden Litauens durch die russischen Besatzungstruppen.

Schließlich wird die Aufmerksamkeit aller Nationen auf die Lage Polens gelenkt, dessen Existenz bedroht ist und dessen Unabhängigkeit traditionell eine der grundlegenden Forderungen des Prinzips der Internationale bedeutet. Die Internationale ist der Meinung, daß ein gerechter Friede die Unabhängigkeit Polens zu garantieren habe, aber gleichzeitig protestiert sie energisch gegen jeden Versuch, die gegenwärtigen Ereignisse als Vorwand zu benutzen, um sich in die russischen Angelegenheiten einzumischen.

England und die Neutralen.

Die englische Regierung scheint noch nicht alle Hoffnung aufgegeben zu haben, den internationalen Konflikt, zu dem sich der russisch-polnische Krieg auszuwachsen droht, auf dem Verhandlungswege beizulegen. Sie verhandelte am Freitag von 3½ Uhr nachmittags bis 9 Uhr abends mit der russischen Delegation und scheint dabei auch militärische Fragen erörtert zu haben; denn Kriegsminister Churchill und Feldmarschall Wilson nahmen an der Sitzung teil. Als Resultat der Unterhandlung gibt der Führer der russischen Delegation Kamenew die Erneuerung der Blockade gegen Rußland als Vergeltungsmaßnahme für den Einmarsch der Sowjetarmee in das ethnographische Polen an. Die Spannung zwischen Rußland und England hat sich also verschärft. Die Verhandlungen jedoch sollen vorläufig fortgeführt werden. Zu diesem Zweck wird sich England auch mit Frankreich von neuem ins Einvernehmen setzen. Lloyd George wird am Sonntag mit Millerand in Hythe eine Unterredung haben, an der sich auch Foch beteiligen soll.

Sehr erfreulich ist es, daß sich jetzt auch die Arbeiter Frankreichs zu rühren beginnen. Nach einer Mitteilung der „Humanité" hat die sozialistische Partei Frankreichs gemeinsam mit dem Allgemeinen Arbeiterverband beschlossen, sofort Schritte zu unternehmen, um gegen jedes Unternehmen gegen Sowjetrußland zu protestieren. Mit Protesten allein kann man allerdings keine Politik machen.

15 polengefangene Deutsche sind endlich im Austausch gegen 15 deutschgefangene Polen zurückgebracht. Es sind meist Flieger, Polizeibeamte usw.

Groß-Berlin

Zur Groß-Berliner Magistratswahl.

Ein Oberbürgermeister und ein Bürgermeister.

Unter dem Vorsitz des Stadtverordnetenvorstehers Dr. Weyl fand am Freitagabend eine neue Sitzung des Stadtverordnetenausschusses zur Vorbereitung der Wahl der Magistratsmitglieder für das neue Magistratskollegium der Einheitsgemeinde Berlin statt. Nach längerer eingehender Beratung wurde beschlossen, dem Plenum der Versammlung die Wahl eines Oberbürgermeisters, eines Bürgermeisters, eines Kämmerers, dreier Fachdezernenten, für das Hochbau-, Tiefbau- und Verkehrswesen, sowie von zwei Stadtschulräten und einem Stadtsyndikus und endlich eines Stadtmedizinalrates vorzuschlagen. Außerdem sollen dann noch 20 Mitglieder in Vorschlag gebracht werden. In der nächsten Sitzung sollen zunächst die Gehälter für die Magistratsmitglieder beraten werden, um dann zu der Frage einer Ausschreibung der Aemter Stellung nehmen zu können. Die nächste Sitzung findet am Freitag, den 13. August, im Berliner Rathause statt.

Die Gartenverwaltung im neuen Berlin.

Unter dem Vorsitz des Charlottenburger Gartendirektors Barth fand im Charlottenburger Rathaus eine Besprechung der von den Gemeindeverwaltungen Charlottenburg, Spandau, Wilmersdorf, Zehlendorf, Schöneberg, Steglitz, Tempelhof, Neukölln und Reinickendorf entsandten Leiter der Gartenverwaltungen statt über die zweckmäßige Organisation der Gartenverwaltung der zukünftigen Stadtgemeinde Berlin. Einstimmig empfahlen die Vertreter die Schaffung einer großen Zentraldeputation, welche alle Verwaltungen vereinigt, die sich mit der Anlage und Unterhaltung von Grünanlagen befassen. Es würden in dieser Deputation vertreten sein das Garten- und Friedhofswesen, Anlage und Verwaltung von Spiel- und Sportplätzen, Kleingarten- und Forstwesen. Es herrschte Einigkeit darüber, daß diese Verwaltungszweige so nahe miteinander verbunden sind, und teilweise so stark ineinander übergreifen, daß eine Vereinigung derselben in einer und derselben Deputation dringend notwendig erscheint, um ein befriedigendes Arbeiten zu ermöglichen. Ein Anschluß an die Tiefbaudeputation erscheint unzweckmäßig, da mit dieser nur ein nebensächlicher Zusammenhang besteht. Sollte sich unerwarteter Weise die Einrichtung einer besonderen großen Zentraldeputation für alle Grünanlagen nicht ermöglichen lassen, so könnte nur ein Anschluß an die Deputation für das Siedlungs- und Wohnungswesen in Frage kommen.

Die Entscheidung in der Steglitzer Luftbadfrage.

Wie uns gemeldet wird, hat das Gericht zur Räumungsfrage der Steglitzer Gemeindeverwaltung gegen den Verein für Gesundheitspflege in Sachen des Steglitzer Luftbades stattgegeben. Nach dieser Entscheidung muß das Luftbad abgebrochen werden.

Drei Ministerien haben sich in dieser Angelegenheit auf die Seite des Vereins gestellt und gegen die Anschauungen und Gründe der Gemeindeverwaltung Stellung genommen. Es waren dies die Ministerien für Volkswohlfahrt, das Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung und das Ministerium des Innern. Seitens der Gemeinde war die Räumungsklage damit begründet, daß sie den Platz des Luftbades für die Erweiterung des Friedhofes nötig gebrauche. Daraufhin hat im Ministerium für Wissenschaft im Juli eine Besprechung zwischen Regierungsvertretern, Mitgliedern der Landesversammlung, Vertretern der Gemeinde und des Vereins für Gesundheitspflege unter Vorsitz des Ministers Haenisch stattgefunden. Das Ziel dieser Besprechungen sollte die Herbeiführung einer Einigung zwischen beiden Parteien sein. Man war sich darüber einig, daß die Erhaltung des Luftbades eine dringende Notwendigkeit und eine Schließung eine ernste Gefährdung der öffentlichen Interessen darstellen würde. Auch der Bevölkerungsausschuß der Landesversammlung hatte sich mit der Frage der Luftbadbehandlung eingehend befaßt und einen Antrag angenommen, der allen Gemeinden Preußens die Errichtung von Luftbädern zur obligatorischen Pflicht machte.

Daraufhin haben die drei genannten Ministerien in einem Schreiben an die Gemeinde Steglitz darauf hingewiesen, daß die Rücksicht auf die allgemeine Volksgesundheit gegenüber kommunalen Gesichtspunkten ein Fortbestehen des Steglitzer Luftbades dringend erfordert, und mehr, weil Kommunalinteressen ernstlich nicht gefährdet sind. Das Luftbad solle ja schon im nächsten Jahre, so heißt es in dem ministeriellen Schreiben weiter, in erweitertem Umfange und vollkommener Ausgestaltung auf benachbartem Gelände in Schöneberg neu eröffnet werden. Die breite Oeffentlichkeit würde sich mit einer entgegengesetzten Haltung der Gemeinde Steglitz schwerlich abfinden können. Sollte die Schließung des Luftbades, so betonen die Minister ausdrücklich, Tatsache werden, so würde sich das Parlament der Sache annehmen.

Das Geständnis des Mörders Bock.

Nachdem die Vernehmungen des Geschwisterpaares Nägler durch die Kriminalkommissare Gennet und Bünger abgeschlossen waren, wurde gestern nachmittag mit dem Verhör des Hauptschuldigen, des Drogisten Wilhelm Bock, begonnen. Dieser befand sich immer noch in der Meinung, daß er lediglich wegen seiner Schleichhandelsgeschäfte festgenommen worden sei. Da man in seiner Wohnung auch noch einen Karton mit Kokaintabletten gefunden hatte, gab er diesen verbotenen Handel mit Heilmitteln auch zu. Er klagte sich auch selbst an, daß er es unterlassen habe, die Wertsachen, die er am Brandenburger Tor gefunden haben wollte, nicht abgeliefert zu haben, entschuldigte dies aber damit, daß er in Geschäften ständig unterwegs gewesen sei. Daran, daß es die Wolfner geraubten Sachen sein könnten, habe er gar nicht gedacht. Immerhin sei es unverantwortlich von ihm, daß er den Fund nicht sofort der Polizei übergeben habe. Als man ihm dann vorhielt, daß er durch den Besitz der Wertsachen des Ermordeten in den Verdacht stehe, an dem Verbrechen beteiligt zu sein oder doch um dieses zu wissen, wies er dies ganz entschieden von sich. Sein sicheres und bestimmtes Auftreten verwandelte sich aber plötzlich in größte Verlegenheit, als Gertrud Nägler in das Zimmer hereingeführt wurde. Es folgte eine hochdramatische Szene. Bock sagte kein Wort, auch als das Mädchen auf ihn zutrat und ihn mit den Worten anredete: „Willy, sag doch die Wahrheit, es ist alles zu Ende", fand er die Sprache zunächst nicht wieder. Endlich aber brach er vollständig zusammen und gab dann auch zu, die Tat mit dem Mädchen ausgeführt zu haben. Er schildert sie sodann so, wie das Geschwisterpaar sie bereits dargestellt hatte, versucht aber, die Hauptschuld von sich abzuwälzen. Ihm wäre der Gedanke dazu nie gekommen. Wenn er schließlich dem Ansinnen Näglers nachgekommen sei, so habe er dies nur aus Mitleid mit dem Geschwisterpaare gemacht, weil sich dieses in Geldverlegenheit befunden habe. Ihm hätte an dem Raube nichts gelegen. Nichtsdestoweniger hat er sich 3000 M. als Anteil aus dem Erlös der Ringe auszahlen lassen und das Paar obendrein noch um die anderen bei ihm vorgefundenen Wertsachen betrogen. Er gibt zu, die Aetherflasche besorgt zu haben, doch will er sie Nägler schon vor längerer Zeit gegeben haben. Dieser habe sie sich geben lassen, um sie einer Bardame, die er kennen gelernt habe, auszuhändigen. Diese Bardame habe Nägler darum gebeten, weil diese damit ihre Herrenbekanntschaften ein wenig betäuben wollte, damit diese fester schliefen und sie nicht stören sollten, wenn sie deren Brieftasche erleichterte. Nägler habe die Flasche aber nicht weitergegeben und jetzt hätten sie sie zu dem Raubüberfall benutzt.

Ein ungetreuer Hausdiener ist dieser Tage in der Person des Radfahrers Otto Hamm von der Berliner Kriminalpolizei ermittelt worden. H. war mit einem Dreirade der Firma Müller und Braun, Landsberger Str. 92, mit einem Sack Kaffee zu Kunden geschickt worden und hatte den Sack hierbei unterschlagen. Der Kaffee wurde in kleinen Posten bei einzelnen Kaufleuten im Norden Berlins verkauft und der Erlös, den er mit zwei Helfern, dem Arbeiter Seelig und einem gewissen Soltmann, geteilt. Den Erlös wollen die drei im Alter von 16 bis 18 Jahren stehenden Täter gemeinsam in Tegel verjubelt haben. Während der Kaffee in den Geschäften beschlagnahmt werden konnte, fehlt zur Stunde noch das wertvolle Dreirad, welches die Täter bei Reinickendorf auf freiem Felde stehen gelassen haben wollen.

Der Paketverkehr mit Kiel ist infolge des dortigen Transportarbeiterstreiks eingestellt.

Im Zoologischen Garten spielt am Sonntag von 5 Uhr nachmittags ab die Kapelle der Berliner Sicherheitswehr unter Leitung des Musikdirektors Brase. Eintritt 2 M., Kinder die Hälfte. Das Aquarium ist bis zum Beginn der Dunkelheit geöffnet.

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Republikanischer Führerbund. Bezirk 8 (Zentrum). Versammlung am Sonntag vorm. 9 Uhr, Rückertstr. 7 bei Thiele. — **Schlesierverein Rützgabl Charlottenburg.** Sonntag Ausflug nach Bichelswerder, Wiese hinter Restaurant Freund. Bei schlechtem Wetter Versammlung 7 Uhr im Vereinslokal, Kaiser-Friedrich-Str. 63.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Morgen, 8. August:

Oberschöneweide. Gemeinsamer Ausflug. Kinder sind mitzubringen. Treffpunkt 12½ Uhr mittags an der Evangelischen Kirche.

Jugendveranstaltungen.

Heute, 7. August:

Achtung! Abteilungsvorsitzende!

Heute abend ½7 Uhr im Zentraljugendheim, Lindenstraße 3, 2. Hof, 3 Treppen:

Abteilungsvorstände-Konferenz,

zu der auch die Vertreterinnen der weiblichen Jugend zu erscheinen haben. — Neuerst wichtige Tagesordnung! Erscheinen aller ist notwendig! Ausweiskarten und Mitgliedsbücher mitbringen!

Charlottenburg: Jugendh., Rosinenstr. 4 (Volkshaus) Nachtwanderung. Treffp. 6 Uhr im Jugendheim. — **Gesundbrunnen:** Nachtwanderung nach Malchow—Nonnensee—Schwärzesee—Oberswalde. Treffp. 6 Uhr Bahnhof Gesundbrunnen (Eing. Vorortbahnh.). — **Lichtenberg:** Nachtwanderung Berliner Schweiz. Treffpunkt ½6 Uhr Bahnh. Stralau—Rummelsburg. — **Moabit:** Nachtwanderung. Treffp. ½7 Uhr Stromstr., Ecke Turmstr. — **Pankow:** Nachtwanderung Schwärzesee. Treffp. 6 Uhr Breitestr., Kirche. — **Tegel:** Wanderung Liepnitzsee. Treffpunkt ½7 Uhr im Jugendheim. — **Westen:** Nachtwanderung Bernau—Liepnitzsee—Biesenthal. Treffp. ½7 Uhr Hochbahnhof Bülowstraße.

Sonntag, 8. August:

Niederschönhausen: Wanderung Bertsee. Treffp. 6 Uhr Friedensplatz. — **Osten (Stralauer Viertel):** Wanderung Nauen—Gr.-Behnitz. Treffp. ½7 Uhr Rudolfplatz. — **Schönhauser Vorstadt II:** Wanderung Ortner—Störitzsee. Treffp. ½6 Uhr Bahnh. Schönhauser Allee. — **Tempelhof:** Wanderung Päherwordersee. Treffp. ½6 Uhr Bahnhof Tempelhof. — **Wilmersdorf:** Wanderung Bernau—Liepnitzsee. Treffp. ½6 Uhr Bahnh. Schmargendorf.

Sport.

Ringkämpfe in Schöneberg. Gestern abend gelangte zuerst der Entscheidungskampf Hamlischek und De Souza zum Austrag. De Souza siegte nach 1 Stunde 17 Min. Beim nächsten Kampf siegte Landau über Matz nach 44 Min. Die noch übrige Zeit bis zur Polizeistunde wurde durch den Entscheidungskampf Eriksen—Pinetzki ausgefüllt. Ein Resultat wurde in dieser Zeit nicht erzielt. Heute wird der Entscheidungskampf Raber—Ritzler fortgesetzt, nachdem Entscheidungskampf Hochdanen—Eriksen, außerdem ringen Reiber—Petitjean und Landau—Hawlitschek.

Sport in der Sicherheitspolizei. Die Sicherheitspolizei (Gruppe Mitte) veranstaltet am Mittwoch, um 4 Uhr, auf dem B.-S.-C.-Platz am Kurfürstendamm, Cicerostraße, durch 200 Meldungen ausgezeichnete leichtathletische Wettkämpfe. Während der Wettkämpfe spielt die Kapelle der Polizeigruppe Mitte unter Leitung des Musikdirektors Brase.

Tiere als politische Symbole. Wir lesen in der „Frankf. Ztg.": Es ist hier nicht die Rede von den heraldischen Tieren, die zu irgendeiner Zeit sich in einem Wappenschild heimisch gemacht haben, wie etwa der britische Löwe, der schwarze preußische oder der weiße russische Adler, sondern vielmehr von jenem Viehzeug, das einen politischen Gedanken verkörpert. In diese Kategorie gehört z. B. der Walfisch als Zeichen der englischen Weltherrschaft, der Bär als Symbol der russischen Kraft oder der gallische Hahn, der mit seinem stolzen Schrei die eingebildete Ueberlegenheit der französischen Kultur verkündet. Aehnliche symbolische Tiere spielen in den Vereinigten Staaten von Amerika von jeher im politischen Kampf der Parteien eine bedeutungsvolle Rolle. So ist der Elefant das Symbol der republikanischen Partei, und so war der Elch das Zeichen der von ihr abgesplitterten Progressisten, die seinerzeit Roosevelt bei seinem Wettrennen um die Präsidentschaft sammelte. Neuerdings hat sich während des republikanischen Kongresses in Chicago wieder eine Gruppe abgesondert, die sich das Kamel als Wahrzeichen erkoren hat. Der sogenannte „Kamelsorden" umfaßt alle diejenigen Republikaner, die gegen das Alkohol- und Tabakverbot sind und zugleich jene puritanischen Gesetze bekämpfen, wie die Schließung der Theater und Vergnügungsstätten am Sonntag und Aehnliches. Wie kommt nun ein seinem ganzen Wesen nach so nüchternes und „trockenes" Tier dazu, ausgerechnet von den „Feuchten" als Symbol gewählt zu werden? Diese Wahl hat keine tiefere Bedeutung, sondern ist lediglich aus einer Zufälligkeit entstanden. Als die zu oben erwähntem Zweck gebildete neue Liga ins Leben trat, wurde wie üblich ein Propaganda-Umzug veranstaltet. Dazu borgte man sich von einem fahrenden Zirkus drei Kamele aus, die in der Protestdemonstration als „markante Persönlichkeiten" figurierten. Was lag näher, als diese Sensation auszunutzen und das Kamel als Parteisymbol zu wählen.

Erstaufführungen der Woche. Mi. Kleines Theater: „Kunstkritik". **Frei.** Volksbühne: „Zigeunerliebe".

Urania. Sonntag: In den Bergen Tirols. Montag, Donnerstag: Die Insel Rügen. Dienstag, Freitag: Von der Zugspitze zum Watzmann. Mittwoch Sonnabend: Oder-Engadin und der Splügen.

Das Defizit der Münchener Staatstheater. Die finanzielle Lage der Münchener Staatstheater hat sich im letzten Etatsjahr wieder erheblich verschlechtert. Die Gesamtausgaben erfordern einen Betrag von 10 283 300. Der Fehlbetrag macht etwa 4 200 000 M. aus, während für den letzten Zuschuß aus der Zivilliste nur ein Betrag von 750 000 M. vorgesehen war.

Bühnenchronik. An Stelle des bisherigen Intendanten Zeitz werden mit der Leitung der Frankfurter städtischen Theater Dr. Ernst Lert (Oper) und Oberregisseur Beichert (Schauspiel) betraut.

Neue Dramen. Hugo von Hofmannsthal hat ein neues Lustspiel in drei Akten „Der Schwierige", Karl Schönherr unter dem Titel „Kampf" eine „Tragödie der geistigen Arbeiter" beendet.

Paul Heyses Novelle „Grenzen der Menschheit", eine der schönsten Gaben des Dichters, ist soeben in Hesses Volksbücherei erschienen.

Reichsadler-Wettbewerb. Der Reichskunstwart Prof. Redslob hat unter den Zöglingen der Holzschnitzschule Warmbrunn einen Wettbewerb zur Gewinnung eines Reichsadlers ausgeschrieben und hierfür 1000 M. zur Verfügung gestellt.

Gewerkschaftsbewegung

Einsprüche gegen Entlassungen.

Einhaltung der Fristen.

In letzter Zeit sind vor dem Schlichtungsausschuß Groß-Berlin verschiedene Beschwerden wegen ungerechtfertigter Entlassung deshalb nicht zur Verhandlung gekommen, weil seitens der Beschwerdeführer die sich aus den Paragraphen 84 und 86 des Betriebsrätegesetzes ergebenden Fristen für die Anbringung von Beschwerden nicht eingehalten worden sind. Dadurch wird es den Betroffenen so gut wie unmöglich gemacht, zu ihrem Rechte zu kommen. Es ist daher in erster Linie Pflicht aller Betriebsvertretungen, über diese Fristen genau informiert zu sein. Die Fristen sind:

1. Anrufung des Arbeiter- oder Angestelltenrates durch den betroffenen Arbeitnehmer innerhalb 5 Arbeitstagen nach der Kündigung.
2. Anbahnung von Verhandlungen durch die Arbeitnehmervertretung innerhalb weiterer 6 Arbeitstage.
3. Anrufung des Schlichtungsausschusses innerhalb weiterer 5 Arbeitstage. Der letzte Termin der Anrufung des Schlichtungsausschusses ist also der 16. Arbeitstag nach der erfolgten Kündigung.

Wenn diese Fristen versäumt sind, besteht auf Grund des § 90 noch die Möglichkeit der Wiedereinsetzung in den vorigen Stand. Dieselbe muß innerhalb zwei Wochen, spätestens jedoch innerhalb eines Monats, vom Ende der versäumten Frist an gerechnet, beantragt werden.

Wird auch diese Frist versäumt, so besteht keine Möglichkeit mehr, auf Grund des B. R. G. etwas zu unternehmen.

Unabhängige Gewerkschaftszerstörer.

Halle a. S., 7. August. (Eigener Drahtbericht des „Vorw.") Gestern abend tagte in Halle eine Konferenz der Gewerkschaftsfunktionäre, Betriebsräte sowie revolutionären Vertrauensleute und Funktionäre der Unabhängigen Partei, um über das Zusammengehen der Räte mit den Gewerkschaften oder über selbständige wirtschaftliche Räteorganisationen zu entscheiden. Der unabhängige Reichstagsabgeordnete Robert Dißmann referierte über den Standpunkt der gewerkschaftlichen Zusammenfassung, während als Korreferent das Mitglied des Zentralverbandes der unabhängigen Partei, Wilhelm Koenen, über die selbständigen Räteorganisationen sprach. Bei den Referaten ist es zu scharfen Zusammenstößen gekommen. Dißmann wurde mit seiner Ansicht, daß die Räteorganisationen sich eng an die Gewerkschaften anlehnen müssen, von seinen radikalen Brüdern heruntergeschrien, während mit großer Majorität dem Vorschlag des Korreferenten Koenen, selbständige wirtschaftliche Räteorganisationen zu errichten, beigestimmt wurde. Auch bei den unabhängigen Gewerkschaftsvertretern herrscht über diesen gegen die gewerkschaftlichen Organisationen gerichteten Beschluß große Erregung. Bemerkenswert ist, daß den Vorsitz über diese gewerkschaftliche Konferenz nicht der Vorsitzende des Gewerkschaftskartells, sondern der als radikal bekannte unabhängige Ortsvorstand Lenck hatte.

Lohnabkommen in der Metallindustrie.

Wie uns aus Frankfurt a. M. gemeldet wird, haben die Metallindustriellen Hessen-Nassaus, Hessens und der angrenzenden Gebiete mit dem Frankfurter Metallarbeiterverband eine Vereinbarung getroffen, und zwar folgendermaßen: Es tritt, rückwirkend vom 25. Juni 1920, eine Lohnerhöhung auf den Gesamtverdienst als außerordentliche Zulage ein. Bei Firmen, die mit verkürzter Arbeitszeit arbeiten, soll der Ausfall der Arbeitszeit bis zu 50 Proz. des Differenzbetrages ab 1. August bezahlt werden. Der Verband machte weiter das Zugeständnis, daß er seinen Mitgliedern empfiehlt, falls vorher Vereinbarungen getroffen worden sind, die über den Rahmen der heutigen Zugeständnisse hinausgehen, dieselben bis zum 31. Juni gelten zu lassen. Vom 1. August sollen jedoch die genannten Vereinbarungen allgemein Platz greifen.

Der Groß-Berliner Blumengeschäftstarif.

Der vom Verband der Gärtner und Gärtnereiarbeiter mit dem Verein der Blumengeschäftsinhaber Groß-Berlins E. V. am 5. Mai für die gewerblichen Angestellten der Blumengeschäfte Groß-Berlins abgeschlossene Tarif ist für den Geltungsbereich der Einheitsgemeinde Groß-Berlin für allgemein verbindlich erklärt worden. Die allgemeine Verbindlichkeit beginnt mit dem 15. Juni 1920. Es haben somit alle in den oben erwähnten Betrieben beschäftigten gewerblichen Arbeitnehmer ein klagbares Recht auf die festgesetzten Lohnsätze. Ein Binder verdient nach zweijähriger Lehrzeit 85 M. und nach fünfjähriger Berufstätigkeit 140 M. pro Woche. Für Binderinnen gelten Lohnsätze von 70 M. bis 115 M. wöchentlich. Für Lernende ist im ersten Lehrjahre ein Lohnsatz von 25 M. im Monat, im zweiten Lehrjahre 100 M. im Monat festgesetzt. Bestehende Lehrverträge sind unter Berücksichtigung der vereinbarten Sätze entsprechend abzuändern.

Obwohl die Arbeitgeber ständig über unersättliche Forderungen der Arbeitnehmerschaft klagen, wird das Publikum aus den angegebenen Lohnsätzen die Ueberzeugung gewinnen, daß die Arbeitnehmerschaft im Bindereigewerbe sich noch mit elenden Löhnen durchschlagen muß.

Bund der technischen Angestellten und Beamten. Mitgliederversammlungen am Montag, den 9. August, Wilmersdorf abends 7½ Uhr, im Gesellschaftshaus Zeuthen. — Norden II, abends 7½ Uhr, im Kleinen Schultheiß, Kastanien-Allee 23. — Am Dienstag, den 10. August, abends 7 Uhr, Nordwest II, im Restaurant Zum Schultheiß, Invalidenstr. 85. — Oranienburg im Restaurant Reichshof, Oranienburg, Bernauer Str. 38.

Deutscher Werkmeisterverband. Bezirksverein 20 (Fachgruppe VII), am 9. August, abends 7 Uhr, im Ratskeller, Monatsversammlung.

Wirtschaft

Die Schuld an den hohen Preisen für Volksbekleidung.

Zwischen dem Vorsitzenden des Ausschusses der Reichswirtschaftsstelle für Kunstspinnstoffe und Stoffabfälle und einem Mitglied dieses Ausschusses, einem sächsischen Fabrikdirektor, findet eine polemische Auseinandersetzung statt, der wir folgende sehr interessanten Darlegungen entnehmen. Der Fabrikdirektor schreibt:

„Ich habe es als einen Fehler in der Führung der Lumpen- und Kunstspinnstoffwirtschaft erklärt, daß man die bei Kriegsende bei uns vorhanden gewesenen Rohmaterialien nicht zur planmäßig geordneten Herstellung der so dringend notwendigen Volksbekleidung verwendete, sondern dieselben dem freien Handel zu beliebiger Verwendung auslieferte. Ich habe auf die große Verteuerung der Volksbekleidung hingewiesen, die auch zum Teil aus diesem Fehler entstanden ist. Herr M. findet nichts Unrechtes dabei, wenn der Arbeiter, wie ich es in meiner Abhandlung geschildert habe, für einen Barchent aus Kunstbaumwolle, dessen Herstellung keinerlei besondere Intelligenz des Fabrikanten erfordert, anstatt 3.25 M. per Meter, wie er in der Zwangswirtschaft soeben noch hergestellt werden konnte, 24 M. in der freien Wirtschaft, aus den inzwischen dorthin abgegebenen Rohmaterialbeständen hergestellt, bezahlen mußte. Ich wollte ja gerade durch die Zwangsbewirtschaftung der Vorräte verhüten, daß deren Preise, sich nach den Weltmarktpreisen richtend, umso höher steigen, je niedriger die Mark im Ausland sinken konnte. Weil man die Bestände dem freien Markt zuführte, so kosteten eben solche, die soeben noch mit 1 M. per Kilogramm aus der Zwangswirtschaft abgelassen wurden, bald darauf 10 mal mehr und veranlaßten bei uns Warenpreise für den Arbeiter, die denselben zu Lohnerhöhungen nötigten. Jetzt sitzen die Händler auf hohen Warenpreisen, zu denen sie nichts verkaufen können. Die Käufer wissen, daß z. B. Waren aus 20er Baumwollgarn gefertigt wurden, die bis 160 M. per Kilogramm kosteten, heute aber bis zu 47 M. herabgesetzt gehandelt werden. Dem entsprechen die heruntergesetzten Preise in den Geschäften noch lange nicht. Die Käufer streiken also fort; wie lange noch, etwa bis die aus den so verbilligten Garnen erzeugten Waren angekommen sind? Solange die Käufer streiken, solange fehlen den Fabrikanten die Aufträge und den Arbeitern die Arbeit. Was soll geschehen? Diese Frage muß zwischen Vertretern der Arbeitgeber und Arbeitnehmer in den Reichswirtschaftsstellen schnellstens besprochen werden. Hoffentlich konstituieren sich zu dem Zweck die Reichswirtschaftsstellen recht rasch in **paritätischer** Besetzung, wie solche für die Reichswirtschaftsstelle für Kunstspinnstoffe und Stoffabfälle bereits Anfang d. J. beschlossen, **aber noch bis heute nicht durchgeführt wurde.**

Die bei der Reichs-Hadern A.-G. vorhanden gewesenen Bestände in Wollumpen sind genau wie die Baumwollumpen kurz nach Aufhebung der Beschlagnahme wegen der Entwertung des Markkurses unvernünftig in die Höhe gegangen. Jetzt befinden sich die Stoffe aus den teueren Wollumpen ebenfalls in den Lägern der Verkaufsgeschäfte. Inzwischen ist der Kurs der Mark gestiegen. Jetzt müßte der Fabrikant dem Händler eigentlich den früher wegen der Markentwertung aufgeschlagenen Preis, der lediglich Konjunkturgewinn darstellt, zurückzahlen, damit die Waren auch so billig verkauft werden können, als die, welche jetzt wegen der Besserung des Markkurses billiger abgegeben werden. Wenn kein Ausweg gesucht wird, daß die Händler ihre teueren Waren ohne zu großen Verlust zu erleiden recht bald los werden können, so entsteht in der Textil-Industrie eine ungeahnte Katastrophe."

Für uns gibt es nur eine Lösung, nämlich den Zusammenschluß der Textilfabrikanten zu gemeinwirtschaftlich organisierten Fachgruppen. Den wirklich fachkundigen Unternehmern bleibt dabei noch genügend Spielraum für die technisch-organisatorische Ausgestaltung des eigenen Betriebes zur Erzielung von Höchstleistungen. Die Beschaffung der Bekleidung ist eine sehr wichtige Angelegenheit des Volksgesamtheit, zum größten Teil eine technisch einfache Massenproduktion. Dem Wucher der Unternehmer und Schieber kann nur auf dem Wege der Organisation beigekommen werden. Die sich täglich vermehrende Schar der arbeitslosen Textilarbeiter dürfte bald lauter sprechen, wenn die organisierte Arbeitsbeschaffung nicht in aller Kürze einsetzt.

Wie verdient wurde!

Wir erhalten folgende Einsendung:

Die jetzige Wirtschaftskrisis ist die Folge des übergroßen Gewinnes, welcher auf alle Waren vom Kapital erzielt wurde. Die Hauptschuld daran tragen die Fabrikanten. Die Herrenstoffe waren im August/September vorigen Jahres in der mittleren Preislage von 60 M. pro Meter und dieselben Qualitäten wurden auf einen Preis von zirka 220 M. gebracht, das heißt ab Fabrik. Zwar stieg das Material enorm, aber in diesem Umfange doch nicht; die meisten Fabrikanten hatten ja auch große Läger billigeren Materials. Nebenbei hatten auch die Stoffhändler viel Schuld an der Teuerung, da dieselben 20-M.-weise pro Meter freiwillig mehr gaben, auf den teuersten Waren sitzen sie jetzt fest. So kam es häufig vor, daß in den Verkaufsbüchern auf ein und derselben Seite die Ware nach dem alten Abschluß von vor 4 Wochen zu 40 M., nach neuerem zu 70 M. und neustem zu 110 M. stand. Der Lohn stieg aber erst im Januar, dann ab 1. April in gar keinem Verhältnis zu den Riesenaufschlägen, folglich konnte sich kein Arbeiter etwas außer den Nahrungsmitteln kaufen, und so geht die sichtbare Verarmung des Volkes rasch vor sich. Dagegen kam es, daß die Kapitalisten zu Großkapitalisten wurden, da Gewinne von ungeahnter Höhe erzielt wurden. Eine Weberei mit zirka 40 Webstühlen hatte in den mittleren Preislagen bis zu 100 M. pro Meter einen Umsatz von zirka einer Million monatlich, es wurden mindestens 30 Proz. daran verdient. Wenn dies so weiter gegangen wäre, hätte sich ein Jahresgewinn von 8 000 600 M. ergeben. Das wären aber immer noch die ehrlichen Fabrikanten gewesen. Die meisten von diesen Wucherern haben diese Summe vom Oktober 1919 bis Februar 1920 verdient. Daraus erklären sich auch die Neuanschaffungen, Erneuerungen der Gebäude und dergl., Luxusanschaffungen in Privat, um möglichst viel Geld vor der Steuer verschwinden zu lassen, während der Arbeiter jede verdiente Mark für Brot mit 10 Proz. Abzug versteuern muß.

Die Umstellung bei Krupp. Bei der Friedr. Krupp A.-G. ist die Umstellung so weit gediehen, daß der Bau von landwirtschaftlichen Maschinen nach dem Fahrschen System in Massenfabrikation stattfindet. Die mit der Maschinenfabrik Fahr A.-G., Gottmadingen (Baden), gemeinsam gegründete Krupp- und Fahr-Erntemaschinen-Vertrieb G. m. b. H. nimmt am 1. September d. J. in Berlin ihre Tätigkeit auf. Der Absatz im Ausland geschieht durch die Werke selbst.

Gerichtszeitung.

Wer andern eine Grube gräbt. — — Daß kleine Ursachen mitunter große und zumeist recht unangenehme Wirkungen auslösen können, hat der Kaufmann Max Winterfeld in einer sehr folgenschweren Weise erkennen müssen. — Zwischen der Familie des W. und den Familienmitgliedern des in demselben Hause wohnhaften Postsekretärs F. bestand seit längerer Zeit ein sehr gutes freundschaftliches Verhältnis, welches in kurzer Zeit auch zu verwandtschaftlichen Beziehungen führen sollte, da W. einen heiratsfähigen Sohn und F. eine gleichalterige Tochter hatte. Zwischen den jungen Leuten kam es anläßlich einer Wandervogelfahrt zu einer heftigen Eifersuchtsszene und die Folge war ein Bruch zwischen beiden. Die weitere Folge war, daß die beiden präsumtiven Schwiegerväter auch plötzlich stillschweigend einen Bogen machten, wenn sie sich trafen. Am schlimmsten trieben es die beiden Schwiegermütter in spe, welche sich gegenseitig mit Gift und Galle überschütteten und dementsprechend bald den Schiedsmann und die Gerichte in Tätigkeit setzten. Als Frau F. eines Tages erklärte, daß sie froh sei, daß ihre Tochter nicht den Sohn eines „Schiebers" geheiratet habe, erfolgte prompt die Beleidigungsklage und als Antwort darauf machte Frau F. der Polizei Mitteilung, daß Winterfeld einen umfangreichen Schleichhandel mit Butter, Wurst und Speck treibe und an Restaurateure verkaufe. Eine Haussuchung bei W. förderte auch etwa 50 Pfund Butter und mehrere Speckseiten zutage, welche beschlagnahmt wurden. Winterfeld wurde deshalb zu 2 Wochen Gefängnis und 1000 Mark Geldstrafe verurteilt. Gegen dieses Urteil legte er Berufung ein, nachdem er gegen Frau F. inzwischen Strafanzeige wegen fahrlässigen Falscheides erstattet hatte. Die Berufungskammer kam zu einer Verwerfung der Berufung.

Theater der Woche.

Vom 8. bis 15. August.

Volksbühne: 7.—12. Der Biberpelz. 13.—15. Flammenliebe. — **Opernhaus:** Bis 28. 8. geschlossen. — **Schauspielhaus:** Die Strohwitwe. — **Deutsches Theater:** Bis 15. Weibsteufel. 16. Chem. Leutnant. — **Kammerspiele:** Die Rothschilds. 16. Weibsteufel. — **Lessingtheater:** Das Glas der Jungfrau. — **Theater i. d. Königgrätzer Straße:** Das Geständnis. — **Schillertheater:** Der Rabenvater.

Täglich. **Die Tribüne:** Bunbury. — **Komödienhaus:** Ben-Kalner-Ballett. — **Berliner Theater:** Der letzte Walzer. — **Kleines Schauspielhaus:** Die Büchse der Pandora. — **Trianon-Theater:** Untreu. — **Residenztheater:** Die Reichsaffe. — **Kleines Theater:** 7.—10. Else Lessing. 11.—15. Die Kunstkritik. — **Zentraltheater:** Die verschwundene Pauline. — **Komische Oper:** Die Frau im Dunkeln. — **Lustspielhaus:** Der ungetreue Eckehart. — **Metropoltheater:** Im weißen Rößl. — **Neues Operettenhaus:** Prinzessin Friedl. — **Thaliatheater:** Hoheit die Tänzerin. — **Theater am Nollendorfplatz:** Eine Nacht im Paradies. — **Theater des Westens:** Chem. Leutnant. — **Rose-Theater:** Ein Walzertraum. — **Kasino-Theater:** Ab 11. Knorps sel. Witwe. — **Luisentheater:** Das Heiligtum des Herzens. — **Neues Volkstheater:** Familie. — **Folies Caprice:** Flimmerkärchen.

Nachmittagsvorstellungen. **Volksbühne:** 7., 8., 14. u. 15. Die Fledermaus. — **Trianon-Theater:** 8. Stürmfried. — **Residenz-Theater:** 8. Der gute Ruf. — **Theater am Nollendorfplatz:** 8. u. 15. Drei alte Schachteln. — **Rose-Theater:** 15. Gespenster. — **Luisen-Theater:** 8. Verbotene Liebe. 15. Ich lasse Dich nicht.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: H. Leydre-Hermsdorf; für Anzeigen: Th. Glocke, Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin, Lindenstr. 3.

Kasten-, Leiterwagen
Nordlius, Wilhelmstrasse 42a.

Verkäufe

Wandlitz. Quadratrute 80 Mark, 100 Mark Anzahlung. Hülsen, Steglitz, Albrechtstr. 11. Fernsprecher Steglitz 2894.

Preßtorf und Zementsteine liefert Prinz, Brüderstr. 33a.

Schutzhunde. Stubenhündchen, junge Foxterrier, Pinscher, Schäferhunde verkauft Schaffland, Palisadenstraße 15. 34/14*

Nähmaschinen, auch Teilzahlung gestattet. Hahn, Prenzlauerstraße 20. 82/13

Leihhaus Schöneberg, Gotenstraße 1, gegenüber Bahnhof, beleiht höchstzahlend alles. Steter Verkauf von Wertsachen. Stephan 2013. Richard Eichelmann. 161R*

Kreuzfüchse, Alaskafüchse und alle anderen Pelzarten, Taschenuhren, Brillant- u. Silberwaren enorm billig. Linienstraße 201, Ecke Rosenthalerstraße, 1 Treppe. 138R

Kranken-Fahrstuhl preiswert Boßmannstraße 3. 91/5

Pelzgarnituren! Wascheschse 110, Rotfüchse 125, Zobelfüchse 150 Mark, elegante Kreuzfüchse, Silberfüchse sowie alle anderen Pelzarten, alles neue, keine Versatzware, zu staunenerregend spottbilligen Sommerpreisen! Leihhaus Warschauerstraße 7. *

Jeder Unbemittelte kann sich die in eigener Werkstatt hergestellte fertige Maßgarderobe spottbillig zulegen. Jackettanzüge, Einsegnungsanzüge, Jünglingsanzüge, Cutawayanzüge, Streifhosen. Warschawski, Neukölln, Hohrechtstraße 21, vorn II. 100 Schritte vom Hermannplatz.

Gardinen, Künstlergarnituren, Stores, Bettdecken, Meterware preiswert. Landsbergerstraße 11. 132R*

Möbel

Möbel vom einfachsten bis zum feinsten Genre, bedeutend herabgesetzt. Speisezimmer, kompl., Eiche, 4830 an, Herrenzimmer, kompl., Eiche, 4000 an, Schlafzimmer, kompl., Eiche, 4400 an, Küchen 590 an, Ledergarnituren 7000 an, Gobelingarnituren 5000. Einzelne Gegenstände in Nußbaum usw. D. Lechner, Brunnenstraße 7. Geschäftszeit 8—6. *

Speisezimmer, Schlafzimmer, Herrenzimmer, Küchen, geschnitzte Butbodenschränke, Vertikow, Trumeaux, Sofaumbaue, Ausziehtische, Stühle, Sofas, Garnituren, Ruhebetten unter Preis. Möbelhaus Kamerling, Kastanienallee 56 (am Weinbergsweg.) 1563b

Stuben- und Kücheneinrichtung, alles neu, 2178 Mark, Brunnenstraße 160 (Eingang Anklamerstraße.) 113/16

Schlafzimmer, Eßzimmer, Herrenzimmer, Einzelmöbel, Küchen verkauft Hoffmann, Dirksenstraße 49, Bahnhof Börse. 120R

Ausnahmeangebot! Schlafzimmer, Eiche, solideste Verarbeitung, komplett mit Patent- und Auflage-Matratzen, 4475,—, 5975,—, 6475,—. Schlafzimmer-Spezial-Fabrik, Burgstraße 27, Bureaubaus, Börse. 112b*

Möbel-Groß, Große Frankfurterstraße 141, Invalidenstraße 5, gibt jedermann Kredit. Große Auswahl in 1—3-Stuben-Einrichtungen, bunten Küchen, einzelnen Möbeln. 123*

Möbel gegen bar und Teilzahlung. Große Auswahl in Wohn-, Schlaf- und Speisezimmern, farbigen Küchen, einzelnen Möbeln. Lichtenthal, Oranienstraße 14a (Heinrichsplatz). Gegründet 1879.

1- und 2-Zimmer-Einrichtungen zu bedeutend ermäßigten Preisen. Riesenauswahl in Nußbaum-Spiegelschränken, Waschtoiletten, Bettstellen, Kleiderschränken, Vertikos, Ausziehtischen, Umbauten, Sofas, Küchenmöbeln, einfachen und eleganten Schlafzimmern, Speisezimmern, Herrenzimmern. Besichtigung erbeten. Möbel-Bochel, Moritzplatz 58, Fabrikgebäude. 172R

Mietgesuche

Handwerker, 40, sucht leere Stube oder Küche; oder einwohnen. Offerten 60302 Petersburger Platz 4. +120

Musikinstrumente

Pianos, großes Lager neuer und gebrauchter Instrumente. Scherer, Chausseestraße 105.

Einzelspiele Mandolinen, Violinen, Gitarren, Lauten, äußerst billig. (Unterricht 20 — Monatshonorar. Dreimonatskurse zur perfekten Ausbildung.) Mund- und Handharmonikas usw., gebrauchte Klaviere, Harmoniums verkauft Berger u. Co., Oranienstr. 166. 156R

Grossen Erfolg
erziel. Anzeig. jeder Art im **Vorwärts**
Wer daher etwas kaufen od. verkaufen, wer Grundstücke, Läden oder Geschäftsräume pachten oder verpachten, mieten od. vermieten will
inseriere im Vorwärts
Jeder Versuch lohnt!

Pianos, Stutzflügel, Harmoniums, gebrauchte und neue Instrumente, Reparaturen und Stimmungen. Mey Adam, Münzstraße 16. 136R

Bandamons (Starke) Schwebeton verkauft Koppehl, Lichtenberg, Kronprinzenstraße 17.

Fahrräder

Fahrräder, gebrauchte, neue, gibt billig ab (günstig für Wiederverkäufer) Herzog, Memeler Str. 2, Warschauer Brücke.

Fahrräder, gebrauchte, Riesenauswahl. Schlame, Weinmeisterstraße 4. *

Kaufgesuche

Herrengarderobe kauft Mellentin, Waßmannstr. 6. *

Glühstrumpfasche kauft zu absolut höchsten Preisen Billmel, Elsasserstr. 23a I. 126/9*

Armeepistolen, 9 mm, kauft zu höchsten Preisen. Kirstein, Linienstraße 50. 32/11*

Schallplatten, Walzen, alte kauft Metallkontor M. John, Alte Jakobstraße 138 (Hallesches Tor). *

Silberschmelze Christionat, Köpenickerstr. 3a (gegenüber Manteuffelstraße) kauft höchstzahlend: Zahngebisse, Platinabfälle, Schmucksachen, sämtliche Metalle. 142R

Zinn, Lötzinn, sowie alle Metalle, Zahngebisse, Zahn bis 75,—, Platinabfälle, Goldbruch, Silberbruch, Silbernitrat, Quecksilber, Glühkörperasche 100,—, höchstzahlend Edelmetall-Einkaufsbureau, Weberstraße 31.

Spiralbohrer, Werkzeuge kauft laufend jeden Posten. Schröder, Prinzenstraße 66. *

Verschiedenes

Spezialist: Ehesachen, Strafsachen, Gerichtsvertretung. Neukölln, Berlinerstraße 102 (Hermannplatz). 126R

Kunststopferei Große Frankfurter Straße 67. 68R*

Erfinder. Patentbureau Bachscher, Gertraudtenstraße 13, Zentrum 7666. 75R*

Möbeltransport. Spezialgeschäft. Berlin — auswärts. Garantie. Steffi. Berlin, Diedenhofenerstraße 6. Humboldt 5668. *

Kriegsanleihe, Wertpapiere, Pfandscheine kauft, beleiht. Lange, Berlin, Oranienstraße 145. *

Unterricht

Bielfasche Zuschneideschule, Berlin, Leipzigerstraße 83. Erstklassige Ausbildung in der Zuschneidekunst der Herren- und Damenschneiderei.

Kaufmännische Privatschulen Ludwig Rösner, Börsebahnhof, Neue Promenade 8, Spittelmarkt, Seydelstr. 1. Halbjahres-, Jahreslehrgänge zur Ausbildung für den kaufmännischen Beruf sowie Einzellehrgänge. Einzelunterricht. 124/3*

Technische Privatschule Dr. Werner, Regierungs-Baumeister a. D., Berlin, Neanderstraße 3. Maschinenbau, Elektrotechnik, Hochbau, Tiefbau, Abendlehrgänge, Tageslehrgänge.

Kaufmännische Privatschule v. Kowalski, Cöpenicker Str. 143, am Schlesischen Bahnhof, Hochbahn Schlesisches Tor, Inselbrücke, 16 Straßenbahnlinien. Fernsprecher: Moritzplatz 11230. Sämtliche Handelsfächer. Monats-, Vierteljahres-, Halbjahres- und Jahreskurse. Sprachen. Schnellste Ausbildung als Stenotypist. Anmeldung in den Sprechstunden des Leiters täglich 11—1 und 5—7 Uhr.

Heinrich Maurers Privat-Zuschneideschule, Alexanderplatz (Eingang Königsgraben) Tages-, Abendkurse Herren-, Damenschneiderei. Wäsche, Putzkurse, Schnittzeichnen, Zuschneiden, Nähkurse. Schnittmuster. Fernsprecher: Königstadt 339.

Dr. Linz, Deutsch, fremde Sprachen, Schulprüfungen. Alexandrinenstraße 88. *

Dr. Fadelmanns Einjährigen-, Primaner-, Abiturienten-Anstalt, Hohenzollerndamm 198, Freiprospekt! 80/15*

Rudolf Maurer's Privat-Zuschneideschule, Inhaber Alfred Maurer, Friedrichstr. 61. Gegründet 1871. Uniform-, Herren-, Damenschneiderei, Wäsche. Lehrplan F kostenlos. 95R*

Stenographie, Maschinenschreiben 30,—, landwirtschaftliche Buchführung 30,—. Holles Lehranstalt, Potsdamerstraße 118a. 91R*

Dr. Linz, Vorbereitung auf alle Schulprüfungen. Alexandrinenstr. 88. 163R*

Arbeitsmarkt

Stellenangebote

Angestellte größerer Betriebe können viel Geld verdienen durch leichte Tätigkeit. Heiden, Schwedlichestraße 11, 2—6. 81/4

Geübte Glühlampenarbeiterinnen gesucht. Lehrterstraße 18/19, IV. Etage links. 82/9

Stellengesuche

Parteigenosse, flotter Stilist, guter Redner, organisatorische Fähigkeiten, langjährige Praxis in Parteibewegung und Parteipresse, sucht sofort Stellung als Redakteur oder Parteisekretär. Angebote unter Z. 4 an die Geschäftsstelle des „Vorwärts"